



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Dr. Horst Schnellhardt
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europa-Kommunal

Kommunale Nachrichten aus und für Europa
Mittwoch, 6. April 2011



1. Körperschaftsteuer

Die Kommission hat ein gemeinsames System zur Berechnung der Körperschaftsteuer vorgeschlagen. Derzeit finden auf die Berechnung der Gewinne grenzüberschreitend tätiger Unternehmen bis zu 27 verschiedene nationale Systeme Anwendung. Künftig sollen die steuerlichen Ergebnisse jedes einzelnen Unternehmens bzw. jeder Niederlassung europaweit nach gemeinsamen Grundsätzen berechnet werden. Die EU-einheitliche Regelung für die Aufteilung der auf die einzelnen Mitgliedstaaten entfallenden Gewinn- oder Verlustanteile soll auf der Grundlage der Faktoren Vermögenswerte, Lohnsumme und Umsatz erfolgen. Der so errechnete Anteil könnte dann von jedem Mitgliedstaat in uneingeschränkter Souveränität mit dem national festgelegten Steuersatz veranlagt werden. Den Unternehmen soll freigestellt werden, ob sie das harmonisierte System oder die bisher geltenden nationalen Regelungen anwenden. Der Kommissionsvorschlag wird nun dem Parlament und dem Rat zur Beratung vorgelegt; im Rat gilt bei Steuerfragen das Einstimmigkeitsprinzip.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/319&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=de>

Frage und Antworten zur Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/171&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Der Richtlinienvorschlag (92 Seiten) über eine Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage unter

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/company_tax/common_tax_base/com_2011_121_de.pdf

2. Verkehr - Langzeitstrategie

Die Kommission hat mit dem Weißbuch Verkehr eine umfassende Langzeitstrategie vorgelegt. Das Weißbuch enthält 40 Maßnahmenbündel mit jeweils einer Vielzahl von konkreten Einzelvorschlägen. Damit soll bis 2050 ein einheitlicher europäischer Verkehrsraum geschaffen, eine Reduzierung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen erreicht und die Lebensqualität in den großen städtischen Zentren erhöht werden. Für den kommunalen Bereich von besonderer Bedeutung ist u.a. die Zielvorstellung

- im Stadtverkehr die Nutzung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren bis 2030 zu Halbieren und bis 2050 völlig zu unterbinden,
- in größeren städtischen Zentren bis 2030 eine im Wesentlichen CO₂-freie Stadtlogistik zu erreichen,
- den Straßengüterverkehr über 300 km bis 2030 zu 30 % und bis 2050 zu mehr als 50 % über Güterverkehrskorridore (Kernnetz) auf die Schiene und Binnenschifffahrt zu verlagern,
- den Großteil der Personenbeförderung über mittlere Entfernungen bis 2050 auf die Bahn zu verlagern.

Zur Förderung der städtischen Mobilität sind u.a. angedacht:

- ein finanzieller europäischer Förderrahmen,
- eine Innovationspartnerschaft „Intelligente Städte“,
- Anreize für große Arbeitgeber, Mobilitätspläne zu entwickeln,
- Rahmenbedingungen für Straßenbenutzungsgebühren und Zufahrtsbeschränkungen für Innenstädte,
- Leitlinien zur Steuerung von Güterströmen in Innenstädte ,z. B. Konsolidierungszentren, Fahrzeuggröße in historischen Stadtzentren, Zustellfenster und ungenutztes Potenzial von Wasserstraßen,
- gemeinsame öffentliche Beschaffungen schadstoffarmer Fahrzeuge für gewerbliche Flotten, z.B. Lieferfahrzeuge, Taxis, Busse usw..

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/372&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Das Weißbuch vom 28. März 2011 (36 Seiten) unter

[http://ec.europa.eu/transport/strategies/doc/2011_white_paper/white_paper_com\(2011\)_144_de.pdf](http://ec.europa.eu/transport/strategies/doc/2011_white_paper/white_paper_com(2011)_144_de.pdf)

Eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage zur umweltfreundliche Mobilität (Englisch 67 Seiten) unter http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_312_en.pdf

3. Einheitliche Verkehrszeichen

Die Straßenverkehrszeichen sollen in der EU bis 2013 harmonisiert werden.

Das ist einer von insgesamt 40 Vorschlägen in dem Berichtsentwurf zur „Europäischen Straßenverkehrssicherheit 2011-2020“. Im Mittelpunkt steht das Ziel, bis 2020 die Zahl der Verkehrstoten um 40% bei allen Verkehrsunfällen und 60% bei Unfällen mit Kindern zu reduzieren. U.a. sollen die Aus- und Weiterbildung der Verkehrsteilnehmer verbessert, Verkehrsregeln vereinheitlicht und in allen Fahrzeugen des gewerblichen Personen- und Gütertransports die Verwendung von alkoholsensiblen Wegfahr-Sperren (Alcolocks) vorgeschrieben werden. Der Berichtersteller stellte ggf. weitere Vorschläge in Aussicht, u.a. Müdigkeitswarner und eine einheitliche Promillegrenze. 2009 wurden in der EU bei Verkehrsunfällen mehr als 35.000 Menschen getötet und 1.500.000 Menschen verletzt. Von den tödlichen Unfällen ereigneten sich 55 % auf Landstraßen, 36 % in städtischen Gebieten und 6 % auf Autobahnen.

Der Berichtsentwurf vom 8. Februar 2011 unter
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-456.969+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

4. KFZ-Zulassung

Termin: 26. Mai 2011

Die Kommission hat eine Konsultation zur innereuropäischen Zulassung von Kraftfahrzeugen eingeleitet. In der Praxis gestaltet es sich für EU-Bürger schwierig, ein Fahrzeug in einem Mitgliedstaat zu erwerben, in dem sie keinen Wohnsitz haben, und dieses in einen anderen Mitgliedstaat zu überführen. Dieser an sich einfache Vorgang ist in vielen Fällen ein bürokratischer Alptraum mit komplizierten Wiederzulassungsformalitäten und viel Aufwand von Zeit und Papier. Ziel der Konsultation ist die Ermittlung von Kosten- und Zeiteinsparungen für Verbraucher, Unternehmen sowie für die nationalen Zulassungsstellen. Die Befragung läuft bis zum 26. Mai 2011

Den Fragebogen unter

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=CARREGISTRATION&lang=de>

Die Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/252&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Umweltzonen - Plaketten

Die Kommission will die Umweltzonen-Verkehrsschilder und -Plaketten in Europa vereinheitlichen. Die Kommunen sollen aber nicht gezwungen werden, Umweltzonen einzuführen. Diese Entscheidung wird den Städten auch in Zukunft selbst obliegen, berichtet der DIHT aus den Ergebnissen eines Workshops in Brüssel. In dieser Veranstaltung am 2. März sind die Ergebnisse einer „Studie zu Verkehrsbeschränkungen und Umweltzonen in Europa“ vorgestellt worden.

Alle Umweltzonen-Regelungen in den europäischen Städten (Englisch) unter
www.lowemissionzones.eu

Informationen über den Workshop (Englisch) unter

http://www.iru.org/index/en_workshopbx02march2011

Zur Studie „Traffic restrictions & low emission zones in Europe“ unter
http://ec.europa.eu/transport/urban/studies/urban_en.htm

6. Energieeffizienzplan

Die Kommission hat am 8. März 2011 einen Energieeffizienzplan 2011 vorgelegt. Die darin vorgeschlagenen (noch) nicht verbindlichen Maßnahmen sollen zur Erreichung des 20%-Ziels bis zum Jahr 2020 beitragen. Anderenfalls würde jüngsten Schätzungen zufolge statt der für 2020 angestrebten 20 %igen nur eine 9%ige Erhöhung der Energieeffizienz erreicht werden. Vorgeschlagen werden u.a.:

- Behörden sollen bereits vor 2013 verpflichtet werden, jährlich mindestens 3 % (derzeit knapp 1,5%) ihrer Gebäude zu sanieren. „Jede Sanierung sollte das jeweilige Gebäude auf den Stand der besten 10 % des nationalen Gebäudebestands bringen. Bei einer Anmietung oder bei einem Ankauf von Bestandsgebäuden durch staatliche Stellen sollten diese Gebäude immer zur besten verfügbaren Energieeffizienzklasse gehören.“
- Für das öffentliche Auftragswesen sollen verbindliche Energieeffizienzkriterien eingeführt werden.
- Bei privaten Gebäuden soll der Renovierungsprozess in Gang gesetzt und die Energieeffizienz von Beheizung, Kühlung, Belüftung und Beleuchtung gesteigert werden.
- Intelligenter Netze und Zähler sollen eingeführt werden. Dadurch könnten pro Haushalt jährlich bis zu 1000 Euro eingespart werden.

Bereits für 2011 hat die Kommission die Einbringung verbindlicher Vorgaben u.a. für die öffentliche Beschaffung von Waren, Dienstleistungen und Bauleistungen, die Sanierung öffentlicher Gebäude und Informationsdienste für Energieverbraucher angekündigt. Wenn im Rahmen einer für 2013 vorgesehenen Überprüfung das 20 %-Ziel weiterhin verfehlt zu werden droht, will die Kommission für 2020 rechtsverbindliche Einsparziele vorschlagen und würde damit einer Forderung des Parlaments entsprechen.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/271&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Effizienzplan (19 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/energy/efficiency/action_plan/doc/20110308_efficiency_plan_act_de.pdf

7. CO₂-arme Zukunft

Die Europäische Kommission hat einen „Fahrplan“ für eine CO₂-arme Zukunft vorgelegt. Ziel ist die Reduzierung der internen Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80% gegenüber 1990. „Intern“ bedeutet effektive Verringerung der Emissionen innerhalb der EU, nicht einfach ein Ausgleich über den CO₂-Markt. Das Reduzierungsziel kann nach Auffassung der Kommission allein durch die Weiterentwicklung vorhandener Technologien mit EU-internen Maßnahmen erreicht werden. Alle Wirtschaftszweige, einschließlich Landwirtschaft, Baugewerbe und Verkehr, müssten allerdings dazu beitragen. Dafür müssten jährlich ca. 270 Mrd. €, in den Klimaschutz investiert werden. Durch niedrigere Ausgaben für Öl- und Gasimporte würden diese zusätzlichen Investitionen zu einem großen Teil oder gar vollständig kompensiert. Der Fahrplan hat die Form einer Mitteilung, die an den Rat, das Europäische Parlament und andere EU-Gremien gerichtet ist.

Die Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/272&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Fragen und Antworten (Englisch) zur CO₂-armen Wirtschaft unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/150&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Fahrplan für eine kohlenstoffarme Wirtschaft bis 2050 (17 Seiten) unter
http://ec.europa.eu/clima/documentation/roadmap/docs/com_2011_112_de.pdf

8. Berufsqualifikation

Die Kommission arbeitet an einer Novellierung der Richtlinie über Berufsqualifikationen. Diese gilt für über 800 in den Mitgliedstaaten reglementierte Berufe, die nur nach dem Erwerb bestimmter Qualifikationen ausgeübt werden können. Ziel der Überarbeitung ist u.a. die Einführung eines Europäischen Berufsausweises. Damit soll Berufstätigen beim Wohnortwechsel und Stellungsuche innerhalb der EU der Nachweis von Fähigkeiten, Kenntnisse und Referenzen erleichtert werden. Unter Berücksichtigung eines zwischenzeitlich abgeschlossenen Konsultationsverfahrens hat die Kommission einen überarbeiteten Richtlinienentwurf für 2012 angekündigt.

Weiteres zum Novellierungsverfahren unter
http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/professional_qualifications_d_e.htm

9. Schreib- und Leseschwäche

Die Kommission will die Schreib- und Lesekompetenz in Europa verbessern. Nach einer PISA Untersuchung haben fast 19,6% der Jugendlichen in Europa (Deutschland 18,5%, Frankreich 19,8%, England 18,4%) im Alter von 15 Jahren nur mangelhafte Lese- und Schreibfertigkeiten. Nach den Zielvorstellungen der EU-Bildungsminister soll der Anteil der Schüler mit Schwierigkeiten in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften bis 2020 auf unter 15 % gesenkt werden. Dieses Ziel erreichen derzeit beim Lesen nur die Schüler in Finnland (8,1%), Estland (13,3%) Niederlande (14,3%) und Polen (15%). Eine von der Kommission eingesetzte Expertengruppe wird bis Mitte 2012 Lösungsvorschläge für diese moderne Form des Analphabetismus unterbreiten, die von der Kommission im Herbst 2012 in eine Empfehlung an die EU-Bildungsminister umgesetzt werden sollen.

Pressemitteilung der Kommission mit weiteren länderspezifischen Angaben unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/115&format=HTML&aged=0&language=DE&gu>

Zur Sachverständigengruppe unter
http://ec.europa.eu/education/news/news2773_de.htm

10. Erbschaftsteuer

Verstößt Deutschland mit seiner Erbschaft- und Schenkungsteuer gegen EU-Recht? Davon ist die Kommission überzeugt. Grund ist die deutsche Regelung, wonach in Deutschland ansässigen Deutschen (je nach Verwandtschaftsgrad) ein Freibetrag bei der Erbschaftsteuer in Höhe von 500.000 Euro (bei Ehegatten)

gewährt wird, während dieser Betrag nur 2.000 Euro beträgt, wenn sowohl der Erblasser als auch der Erbe ihren Wohnsitz nicht in Deutschland haben. Entsprechendes gilt bei der Schenkungssteuer. Die Kommission hält diese Bestimmungen für diskriminierend, weil damit im Ausland lebende Deutsche benachteiligt werden. Deutschland wurde daher förmlich aufgefordert, dieses Verfahren zu ändern; andernfalls droht eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/294&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Einzelheiten zum Vertragsverletzungsverfahren unter

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/infringements/infringement_cases/index_de.htm

11. Internationale Ehen - Güterrecht

In der EU soll es für internationale Paare klare güterrechtliche Regeln geben.

Betroffen sind 16 Mio. Ehen und Lebenspartnerschaften, für die es im Todes- oder Scheidungsfall bei der Aufteilung des gemeinsamen Vermögens (u.a. Immobilien, Wertpapiere, Bankkonten) Probleme gibt. Künftig sollen komplizierte Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren der Vergangenheit angehören, egal wo in Europa die Partner ihren Wohnsitz oder ihr Vermögen hatten/haben. Es soll nicht mehr mit großem Aufwand darüber gestritten werden müssen, welches Recht anzuwenden und welches Gericht zuständig ist. Zugleich soll ein in allen EU-Mitgliedstaaten einheitliches Verfahren zur Anerkennung und Vollstreckung von güterrechtlichen Entscheidungen festgelegt werden.

Die Vorschläge bewirken keine Harmonisierung des materiellen Eherechts der Mitgliedstaaten oder ihrer Vorschriften über eingetragene Partnerschaften. Die Kommissionsvorschläge bedürfen nach Anhörung des Parlaments der einstimmigen Zustimmung des Ministerrats.

Weitere Hinweise zu den beiden vorgelegten Verordnungsentwürfen in der Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/320&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weiteres unter

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/reding/index_de.htm

12. Zahlungsverzug

Behörden und private Unternehmer müssen ihre Rechnungen innerhalb von 30 Tagen bezahlen. Das bestimmt die am 16. Februar 2011 im Amtsblatt veröffentlichte Neufassung der Richtlinie für den Zahlungsverkehr, die nur im Geschäftsverkehr nicht aber für Verbraucher gilt. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit zur Umsetzung der neuen Bestimmungen. Durch nationale Vorschriften kann in Ausnahmefällen die Zahlungsfrist für öffentliche Einrichtungen und Krankenhäuser auf 60 Tage ausgedehnt werden. Die 30 Tagesfrist und der Verzugszinssatz von 8%

sind in Deutschland bereits geltendes Recht (§§ 286 Abs. 3 und 288 Abs.2 BGB). Bei Mahnungen entsteht für den Gläubiger ein Anspruch auf Zahlung eines Pauschalbetrages von mindestens 40 €.

Die Richtlinie mit ausführlicher Begründung im Amtsblatt unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:048:0001:0010:DE:PDF>

13. Elektronische Signatur

Termin: 15. April 2011

Die Anwendung der elektronischen Signatur soll verbessert werden. Derzeit gibt es noch Schwierigkeiten bei der Überprüfung der Identität und Unterschrift von Personen. Das ist ein starkes Hemmnis für die Entwicklung der EU-Onlinewirtschaft. Die erforderliche Überarbeitung der geltenden eSignatur-Richtlinie wird mit einer Online-Konsultation vorbereitet, die noch bis zum 15.4.2011 läuft.

Die Konsultation unter

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=eid4&lang=en>

14. Sammelklagen

Termin: 30. April 2011

Die Kommission hat ein Anhörungsverfahren zum kollektiven Rechtsschutz in Europa eingeleitet. Der Konsultationstext mit insgesamt 34 Fragen liegt jetzt auch auf Deutsch vor. Angesprochen werden neben gerichtlichem Schadenersatz- und Unterlassungsklagen auch außergerichtliche und alternative Streitbeilegungsverfahren. Bei der Anhörung geht es auch um die Frage, ob sich die Bindungswirkung einer Entscheidung in einem Sammelverfahren nur auf jene erstreckt, die sich ausdrücklich dem Verfahren angeschlossen haben („Opt-in“, z.B. in Schweden, Italien), oder auch auf andere Betroffene, sofern sie nicht ausdrücklich etwas Anderes erklärt haben (Portugal, Dänemark, Niederlande). Das Parlament hat sich bereits am 26. März 2009 in der Entschließung zum Weißbuch „Schadenersatzklagen wegen Verletzung des EG-Wettbewerbsrechts“ für das Opt-in-Verfahren ausgesprochen. Die Konsultation endet am 30. April 2011.

Pressemitteilung der Kommission mit weiterführenden Hinweisen unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/132&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Konsultation zum Thema Sammelklagen jetzt auch auf Deutsch unter

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dgs_consultations/ca/docs/cr_consultation_paper_de.pdf

Die Entschließung des Parlaments vom 26. März 2009 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0187+0+DOC+XML+V0//DE>

15. Hotelübernachtungen

Die Anzahl der Hotelübernachtungen ist 2010 in der EU um 2,8 % gestiegen. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten Spanien mit 268 Millionen Nächten (+6,4%

gegenüber 2009), Italien mit 245 Mio. (-0,8%), Deutschland mit 229 Mio. (+5,8%) und Frankreich mit 196 Mio. (+2,4%) die höchste Anzahl an Hotelübernachtungen. Auf diese fünf Länder entfielen zusammen über 70% aller Hotelübernachtungen in der EU 27. Die hohen Übernachtungszahlen in Deutschland resultieren hauptsächlich von Einheimischen; der Anteil von Ausländern betrug in Deutschland 21%, in Österreich 72%.

Weitere Daten in der Pressemitteilung von eurostat unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/4-28022011-BP/DE/4-28022011-BP-DE.PDF

16. Verbraucher-Richtlinie

Das Parlament hat eine weitreichende Veränderung der Verbraucherrichtlinie auf den Weg gebracht. Verbindliche Mindeststandards über Information, Lieferung und ein einheitliches Widerrufsrecht von 14 Tagen sollen die Verbraucher in ihren Rechten stärken und zugleich für die Anbieter durch einheitliche Standards neue Marktchancen geschaffen werden. Dabei ist es ein erklärtes Ziel, dass Online-Shopping innerhalb der EU für Verbraucher und Unternehmen sicherer und einfacher wird. Ein Schwerpunkt sind Einkäufe, bei denen der Käufer die Ware beim Kauf nicht gesehen hat, so bei Einkäufen per Telefon, Internet, auf online-Aktionen, aber auch sog. Haustürgeschäfte. Die vom Parlament verabschiedeten Vorschläge zur zeitgemäßen Anpassung und Zusammenfassung der vier bestehenden Gemeinschaftsrichtlinien in einer Verbraucherrichtlinie weichen z.T. von den Vorschlägen der Kommission ab. Da die Wirtschafts- aber auch die Verbraucherverbände die Vorschläge des Parlaments eher kritisch beurteilen, dürfte die ausstehende Einigung mit dem EU-Ministerrat und der Kommission noch Veränderungen bringen. Ggf. könnte die Schlussabstimmung im Plenum Mitte Mai erfolgen.

Die Pressemitteilung des Parlaments mit ausführlichen Darstellung der vorgeschlagenen neuen Vorschriften unter <http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110323IPR16151/html/Online-K%C3%A4ufer-besser-sch%C3%BCtzen>

Der Berichtsentwurf vom 22. Februar 2011 unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2011-0038+0+DOC+XML+V0//DE>

Der vom Parlament am 24. März 2011 angenommene Text unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0116+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

17. EU-Beratungstellen

Die (Rechts-) Beratungsstellen der EU für Bürger und Unternehmen arbeiten erfolgreich. Die kostenlose Beratungsdienste SOLVIT und Your Europe Advice helfen den EU-Bürgern, sich über ihre Rechte in der EU zu informieren bzw. unterhalb einer gerichtlichen Kontrolle Sachverhalte auf ihre Vereinbarkeit mit dem EU-Recht überprüfen zu lassen. SOLVIT ist ein seit Juli 2002 bestehendes Online-

Netzwerk zur außergerichtlichen Lösung von Problemen, die aufgrund einer fehlerhaften Anwendung des EU-Rechts durch Behörden in den EU-Mitgliedstaaten entstanden sind (Durchschnittliche Bearbeitungszeit 66 Tage). Bei Your Europe Advice liegt der Schwerpunkt auf der Beratung der Bürger im Hinblick auf ihre Rechte in der EU (Durchschnittliche Bearbeitungszeit 3 Arbeitstage)

Weiteres in der Pressemitteilung der Kommission unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/204&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

SCOLVIT unter http://ec.europa.eu/solvit/site/index_de.htm

Your Europe Advice unter http://ec.europa.eu/citizensrights/front_end/index_de.htm

18. Konsularhilfe im Ausland

Alle EU-Mitgliedstaaten gewähren EU-Bürgern im Ausland den gleichen Schutz wie ihren eigenen Staatsangehörigen. Die Konsulate oder Botschaften der EU-Länder sind verpflichtet, EU-Bürgern helfen, wenn deren Land keine diplomatische Vertretung unterhält und zwar so, als wären sie ihre eigenen Staatsbürger. Damit ist Hilfe gesichert in Katastrophenfällen, aber auch bei Festnahmen, Unfällen, schweren Erkrankungen, Gewaltverbrechen und Todesfällen. Die Kommission will den konsularischen Schutz von EU-Bürgern bei Aufenthalten in Drittstaaten verbessern und hat in einer Mitteilung vom 23.3.2011 den Sachstand und die Entwicklungsperspektiven umfassend dargestellt. Aktuell ist auch die einschlägige Webseite, die alle Botschaften von EU-Staaten im außereuropäischen Ausland auflistet, über die Rechte der EU Bürger informiert und Reisehinweise aus den EU-Mitgliedstaaten enthält. Jährlich reisen mehr als 90 Mio. Europäer in ein Land außerhalb der EU und rund 30 Mio. EU-Bürger leben außerhalb der EU-Grenzen.

Eine ausführliche Pressemitteilung der Kommission unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/355&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Mitteilung der Kommission vom 23.3.2011 unter http://ec.europa.eu/justice/policies/citizenship/docs/com_2011_149_de.pdf

Die Website der Kommission zum konsularischen Schutz: <http://ec.europa.eu/consularprotection/>

19. Ombudsmann

Die Öffentlichkeit wird jetzt frühzeitig über laufende Untersuchungen des Europäischen Ombudsmanns informiert. Der Gegenstand der Beschwerden sowie die Forderungen der Beschwerdeführer werden im Internet veröffentlicht und zwar eine Woche nachdem die betroffene Institution informiert worden ist. Vertrauliche vorgetragene Beschwerden werden anonymisiert veröffentlicht.

Pressemitteilung vom 15. März 2011 unter
<http://www.ombudsman.europa.eu/de/press/release.faces/de/10183/html.bookmark>

Die veröffentlichten Untersuchungen unter
<http://www.ombudsman.europa.eu/de/cases/casesopened.faces>

20. Internationale Projektpartnerschaften

„Otlas“ hilft bei der Suche nach internationalen Partnerschaften. Die seit dem 1. Februar 2011 bestehende Online-Datenbank „Otlas“, vereinfacht die oft mühsame Suche nach geeigneten Partnern für internationale Projekte. Auch die Suche nach interessanten Projekten lässt sich über dieses englischsprachige Portal leicht realisieren. Schon mehr als 200 Organisationen haben sich registrieren lassen, um über ihre eigenen Projektideen zu informieren.

Das Portal unter
<http://www.jugendfuereuropa.de/unsere-informationsangebote/news/7294/>

21. Europäische Bürgerinitiative

Die Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative ist im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden und damit ab 1.4.2011 eu-weit verbindlich.

Der Verordnungstext unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:065:0001:0022:DE:PDF>

22. Aktives Altern 2012

Anfang Mai wird das Parlament endgültig über das Jahr für Aktives Altern 2012 entscheiden. Grundlage ist ein vom Sozialausschuss einstimmig verabschiedeter Bericht vom 6.1.2011. Das Europäische Jahr soll unter das erweiterte Motto gestellt werden „Aktives Altern und die Solidarität der Generationen - Vitalität erhalten und die Würde aller achten“. Ein verfügbarer Finanzrahmen soll mindestens 6 Mio Euro betragen.

Der Bericht (23 Seiten) vom 6. Januar 2011 unter
http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/empl/pr/851/851856/851856de.pdf

Pressemitteilung (Englisch) des Parlaments unter
<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110314IPR15479/html/2012-European-Year-for-Active-Ageing-%E2%80%A6-and-Solidarity-between-Generations>

Zum Europäischen Jahr 2012 unter
<http://www.ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=860>